

Sessionsbericht

Nr. 9 / Herbst 2012

Liebe Leserinnen und Leser

Das Bundeshaus ist nicht nur Sitz des eidgenössischen Parlamentes und einem Teil der Bundesverwaltung; es dient auch den Empfängen für Staatsoberhäupter oder anderen wichtigen Amtsträgern der internationalen Politik. Aus Anlass des 10. Jahrestages des Schweizerbeitrittes zur UNO hielt am 11.9.2012 zum ersten Mal ein UNO-Generalsekretär eine Ansprache vor der Bundesversammlung:

Ban Ki Moon in der Bundesversammlung



„Grüezi mitenand“ es ist mir eine Ehre.....

Ban Ki Moon gratulierte dem Schweizer Parlament zur 10-jährigen Mitgliedschaft in der UNO. In einer eindrücklichen Rede würdigte er das Schweizer Engagement in der UNO. Er lobte die Verdienste der Schweiz unter anderem für ihre Mitwirkung bei der Gründung des UNO-Menschenrechtsrates, als Gastgeberin für zahl-



IN DIESEM BERICHT

UNO Generalsekretär in Bern	1
Steueramtshilfe, Gruppenanfragen	2
Aarhus-Konvention	2
Asylgesetzrevision	2
Vergaben des Bundes, Fragen	3
Gemeinsame elterliche Sorge	4
Sterbehilfe	4
Agrarpolitikreform	5
Revision des Bundespersonalgesetzes	6
Mutterschutzratifikation	6
Begegnungen	7
Eingereichte Vorstösse	8

Ban Ki Moon's Geburtstagsrede war voll des Lobes für die Schweiz, sie habe „Passion and Compassion“. Die Schweiz sei eng verknüpft mit zwei der wichtigsten Symbole des Mitgefühls überhaupt:

reiche UNO Organisationen und als grosszügiges Geberland. Es sei nicht selbstverständlich, dass die Schweiz ihre Beiträge an die Entwicklungszusammenarbeit erhöhe in dieser Zeit. Das Geld und die Hilfe der Schweiz seien bitter nötig. Die UNO müsse jeden Tag Frieden sichern und Flüchtlingen beistehen, die Menschenrechte fördern, die Demokratie verteidigen, die Gesundheit der Ärmsten stärken und die Armut lindern.

Ratspräsident Hansjörg Walter zeigte sich erfreut über den hohen Besuch und erwähnte: „Bei uns ist internationale Politik auch eine Sache des Parlamentes – und wie die Abstimmungen zum UNO-Beitritt zeigten auch eine Angelegenheit des Volkes“. Wir verabschiedeten den UNO-Generalsekretär mit Standing Ovation.

Keine rückwirkenden Gruppenanfragen und no Fishing Expeditions!

In der Steueramtshilfe kann die Schweiz künftig auch Auskünfte geben bei ausländischen Gruppenanfragen auf Basis von Verhaltensmustern und damit ohne Angabe von Namen mutmasslicher Steuersünder. Damit würde die Schweiz die neuen OECD-Standards übernehmen. Das Ausland soll aber keine Gruppenanfragen zu Steuersündern stellen können, die in den letzten Monaten Gelder aus der Schweiz abgezogen haben. Die Kommission empfahl zwar dem Nationalrat, sich beim Steueramtshilfegesetz dem Ständerat anzuschliessen und Gruppenanfragen im Amtshilfeverfahren zuzulassen, aber die Rückwirkung wurde klar verworfen. Dabei wurde nicht näher umschrieben, was unter Gruppenanfragen genau zu verstehen sei. Die Kompetenz für das Datum, ab wann das Gesetz in Kraft gesetzt wird, hat der Bundesrat.

Aarhus-Konvention

Mit dem Beitritt zur Aarhuskonvention würde sich die Schweiz verpflichten, Umweltinformationen für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Mit der Ratifizierung würde der Zugang zu relevanten Umweltinformationen in der ganzen Schweiz einheitlich geregelt. Die damit einhergehende Transparenz der Verwaltungstätigkeit stärkt das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Handeln des Staates. Das Öffentlichkeitsprinzip ist in vielen Kantonen bereits gelebte Praxis. Dies ist den Kantonen wichtig, da sie die Herrschaft über die Daten und Informationen haben. So könnte die Aarhus-Konvention direkt angewendet werden. Obwohl von der bearbeitenden Kommission mehrheitlich abgelehnt, fand sie im Nationalrat (mit unserer Unterstützung) eine Mehrheit von 94: 85 und muss nun in den Ständerat.

Asylgesetzrevision dringliche Massnahmen

Der Teil der Asylgesetzrevision mit den dringlichen Massnahmen wurde nach einigem Hin-und Her zwischen National- und Ständerat verabschiedet. Renitente Asylsuchende sollen ab sofort in speziellen Zentren untergebracht werden können. Wo diese besonderen Zentren eingerichtet werden sollen, ist allerdings noch offen. Auch weitere Massnahmen sollen rasch umgesetzt werden. Zum

mit den Genfer Konventionen und mit dem roten Kreuz. Das Lob gipfelte in der Aussage: „Sie sind ein Eckpfeiler der Demokratie. Sie stehen auf, wenn Menschenrechte beschnitten werden“. (Tun wir das tatsächlich heute noch, oder sollten wir uns wieder daran erinnern? Mich überkommt Scham, wenn ich an unsere kleinlichen Debatten denke...).



Beispiel dürfen auf Schweizer Botschaften keine Asylgesuche mehr eingereicht werden (wir waren das einzige Land, wo das noch möglich war). Ausserdem werden Wehrdienstverweigerer nicht mehr als Flüchtlinge anerkannt. In einem Punkt waren sich die beiden Räte lange nicht einig und es mussten zusätzliche Kommissionssitzungen und eine Einigungskonferenz einberufen werden (jeweils morgens um 7 Uhr vor Ratsbeginn). Im strittigen Punkt ging es darum, ob das Parlament dem Bundesrat erlauben soll, bei den Asylverfahren neue Abläufe zu testen und dabei in einer sogenannten Testphase vom heutigen Gesetz abzuweichen. Schlussendlich wurde auch das gebilligt, weil dies der Beschleunigung der Verfahren dienen kann.

In-/ Transparenz bei Vergaben des Bundes

Die Medienkritik ist hart und der Bürger reibt sich die Augen: „Die Verwaltung verweigert Auskünfte zu Freihandvergaben, obwohl sie laut Gesetz informieren müsste“. „WTO-Regeln erneut umgangen“ „Der Bund foutiert sich um das Einhalten der WTO-Regeln“. Marianne Streiff wollte in der Fragestunde vom Bundesrat wissen:

-Was ist wahr am Vorwurf der „Laisser-faire-Vergabepolitik“ des Bundes?

-Wo steht und wie handelt der Bundesrat in dieser Thematik?

In der Fragestunde vom 17.9.2012, antwortete die Bundespräsidentin:

„Eine Laisser-faire-Vergabepolitik gibt es beim Bund nicht. Seit der Inkraftsetzung des Gesetzes und der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen im Jahre 1996 gibt es im Vergabewesen des Bundes klare Regeln. Diese haben zum Ziel, die Verfahren transparent zu gestalten, den Wettbewerb unter den Anbietenden zu stärken, den wirtschaftlichen Einsatz öffentlicher Mittel zu fördern und die Gleichbehandlung aller Anbietenden sicherzustellen.“

In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass es ein aktives Controlling der Einhaltung dieser Regeln braucht. Nebst Instrumenten zur Unterstützung des Beschaffungswesens, die bereits eingeführt wurden, will der Bundesrat eine bessere Überwachung und Steuerung der Beschaffungen sicherstellen. Mit Beschluss vom 18. April 2012 beauftragte er das EFD, bis Ende dieses Jahres die rechtlichen Voraussetzungen für den Aufbau und den Betrieb eines bundesweiten Beschaffungscontrollings zu schaffen. Dieses ist ein Führungsinstrument, das bei der Beschaffung von Gütern, Dienstleistungen und Bauleistungen auf allen Stufen der Bundesverwaltung zum Einsatz kommen wird. Aufgrund einer regelmässigen Berichterstattung wird der Bundesrat in die Lage versetzt werden, departementsübergreifend die Ordnungsmässigkeit und Nachhaltigkeit der Beschaffungen zu überwachen und strategisch zu steuern.“

Bei der Steuerung hinsichtlich Ordnungsmässigkeit soll die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben geprüft werden. Zugleich wird die notwendige Transparenz geschaffen, um künftig einem unzulässigen Auftragsplitting oder unzulässigen freihändigen Vergaben entgegenzuwirken. Der Bundesrat erwartet im Jahr 2013 eine erste Teilberichterstattung für die Beschaffungen per 2012.“



Gemeinsame elterliche Sorge als Regelfall

Sie soll zum Regelfall werden. Heute erhält meist die Mutter das alleinige Sorgerecht. Das gemeinsame Sorgerecht ist nur dann möglich, wenn sich die Eltern darauf einigen. Das neue Gesetz soll nun den Paradigmenwechsel bringen. „Die Gründe gegen das gemeinsame Sorgerecht sind nur relevant, wenn sie das Kindeswohl tangieren“, postulierte Daniel Vischer in der Debatte. Damit trifft er den Nagel auf den Kopf. Bei der gemeinsamen elterlichen Sorge muss es um das Wohl der Kinder gehen, und nicht um die Rechte von Vätern und Müttern. Weil die Gesetzesänderung aber von Anfang an von den Forderungen der Väter und in der Folge auch von denen der Mütter getrieben war, musste bei der ganzen Detailberatung immer wieder die Partei der Abwesenden, der Kinder ergriffen werden. Denn Tatsache ist, dass das gemeinsame Sorgerecht anspruchsvoll ist. Und nur, wenn elterliche Konflikte und Streitigkeiten nicht auf dem Buckel der Kinder ausgetragen werden, macht die gemeinsame Sorge Sinn. Deshalb wurden zahlreiche Regelungen ins Gesetz eingebaut, die Eskalation zwischen den Eltern verhindern helfen. Oder es werden Gericht bzw. Kinderschutzbehörden eingeschaltet, um Konflikte zu mindern oder die gemeinsame Sorge gegebenenfalls wieder aufzuheben. Als ehemalige Präsidentin einer Vormundschaftsbehörde war Maja Ingold eine sorgfältige neue Regelung ein grosses Anliegen, und das Resultat befriedigt nicht ganz. Es ändert nichts daran, dass die Kinder den Eltern wehrlos ausgeliefert sind. In der Gesamtabstimmung hiess der Nationalrat die Gesetzesänderungen zum Sorgerecht schliesslich deutlich mit 151 zu 13 Stimmen bei 9 Enthaltungen gut.



Keine neuen Vorschriften für die Sterbehilfe

Die Sterbehilfe wird in der Schweiz nicht strenger geregelt. Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat für den Status quo ausgesprochen, im Einklang mit dem Bundesrat. Der Nationalrat hat parlamentarische Vorstösse sowie Initiativen aus den Kantonen Aargau und Basel-Landschaft abgelehnt, die neue Vorschriften für die Sterbehilfe bzw. Suizidbeihilfe verlangten. Die geltenden Regeln genügen, um Missbräuche zu verhindern, befand die Mehrheit. Strafbar ist heute Suizidhilfe aus selbstsüchtigen Beweggründen. Ausserdem müssen sterbewillige Personen urteilsfähig und ausreichend informiert sein. Der Sterbewunsch muss wohlwogen, ohne äusseren Druck geäussert und dauerhaft sein. Wir EVP-Nationalrätinnen stehen voll und ganz hinter den Ratsbeschlüssen. Denn legislieren heisst auch legitimieren. Mit einem Aufsichtsgesetz könnte zudem der Eindruck entstehen, es gäbe schutzwürdiges und nicht schutzwürdiges Leben. Die EVP hat deshalb die vier Vorlagen allesamt abgelehnt. Sie stützt sich dabei auf die Grundsätze, welche der Zentralvorstand der EVP im 2008 beschlossen hat: Suizidhilfe soll nicht gesetzlich geregelt werden und die Palliativpflege muss massiv ausgebaut werden.



Auch Justizministerin Simonetta Sommaruga plädierte für mehr Palliativmedizin. Hier bestehe Handlungsbedarf. «Wir haben ein Gesundheitssystem, das zu wenig in der Lage ist, Menschen in Würde sterben zu lassen.»

Agrarpolitikreform



Zum Beginn der Debatte genehmigten sich (v.l.) die Kommissionspräsidenten Christoph Darbelley, Hansjörg Hassler und Bundesrat Johannes Schneider Ammann ein Glas Milch.

Kampf um ökologischere Landwirtschaft

Wir reden von jährlich 3,5 Milliarden Franken. So hoch wird die Schweizer Landwirtschaft subventioniert und wird sie weiter werden, obwohl sie für weniger als ein Prozent der Bruttowertschöpfung der Schweizer Wirtschaft sorgt. Ein Spitzenwert im ganzen OECD-Raum, der nur von Norwegen knapp übertroffen wird. Die Strategie des Bundesrates für die Landwirtschaft in den Jahren 2014 – 2017, die der Nationalrat nach 15-stündiger leidenschaftlicher Debatte bestätigt hat, will nicht kürzen und den Landwirten entziehen, aber umverteilen. Weniger Fleisch- und Butterberge, keine Milchseen mehr, dafür die Direktzahlungen stärker für gemeinwirtschaftliche Leistungen, nämlich ökologische Produktion, Biodiversität und Landschaftspflege.

Neues Direktzahlungssystem

Herzstück der Vorlage war die Frage, ob Bauern weiterhin für die Haltung möglichst vieler Tiere belohnt werden sollen. Diese bisherigen „Tierbeiträge“ führten zu negativen Anreizen. Tausende von Tonnen Kraftfutter werden heute importiert für Tiere, die zu viel Milch produzieren, deshalb auf die Preise drücken und erst noch die Umwelt belasten. Zusammen mit Links-Grün traten wir von der EVP an gegen den mächtigen Bauernverband, der uns tagtäglich stapelweise mit Papier für ihre Anliegen der Besitzstandswahrung förmlich zudeckten. Die Minderheitsanträge, die die Beiträge noch deutlicher an Ökologie koppeln wollten, scheiterten allerdings allesamt, aber auch der Bauernverband wurde nicht nach seinen Wünschen unterstützt. So hoffen seine Mitglieder nun auf den Ständerat, in welchem viele Bürgerliche aus voralpinen Landkantonen sitzen. Zusammen mit den Beschlüssen zu den Beiträgen stimmten wir auch einer Verlängerung des Gentech-Moratoriums zu

Revision des Bundespersonalgesetzes

Obwohl noch immer in vielen Köpfen die Meinung vom privilegierten Bundesbeamten herrscht, gibt es diesen Status ja schon lange nicht mehr. In dieser Session wurde das Bundespersonalgesetz erneut revidiert und weitgehend an das Obligationenrecht angenähert. Die Sozialpartner rangen im Voraus um beidseitig akzeptierbare Lösungen. „Dank dem gegenseitigen Willen jedoch, die Auseinandersetzungen und Differenzen konstruktiv anzugehen und beiderseits Zugeständnisse zuzulassen, liegt nun ein sozialpartnerschaftlich ausgehandelter Entwurf vor“, sagte Marianne Streiff in ihrem Eintretensvotum für die CVP-EVP-Fraktion. Im revidierten Gesetz wurden insbesondere die Regelungen zum Kündigungsschutz und zur Weiterbeschäftigung gelockert. Kündigungsgründe werden wie bis anhin im Gesetz aufgeführt, die Auflistung ist jedoch nicht mehr abschliessend, was eine höhere Flexibilität und praktisch die Aufhebung des Kündigungsschutzes bedeutet. Die Weiterbeschäftigungspflicht soll analog Obligationenrecht nur noch bei missbräuchlicher Kündigung gelten, das Fehlen von sachlich hinreichenden Gründen genügt nicht mehr. Im Gegenzug wurde erstmals der Grundsatz eines Vaterschafts- und Adoptionsurlaubs im Gesetz verankert.

Internationales Übereinkommen zur Mutterschutz-Ratifikation

Pièce de résistance war die Verpflichtung, den stillenden Müttern am Arbeitsplatz die ganze Stillabwesenheit als Arbeitszeit anzurechnen. Diesen kleinen Zusatz an verordnetem Mutterschutz wollten die Arbeitgeber- und Unternehmervertretungen nicht. Maja Ingold führte dazu im CVP-EVP-Fraktionsvotum aus: „Den Frauen wird selbstverständlich zugemutet, dass sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bewältigen und mutig in die anspruchsvolle Mehrfachrolle von Berufsfrau, Hausfrau und Mutter steigen. Und wenn sie für jedes Kind, das sie geboren haben und das immerhin zum Erhalt der Gesellschaft und Wirtschaft beiträgt, ein paar Monate lang bezahlte Stillzeiten einziehen, dann ist das für die Arbeitgeber nicht verkraftbar?“ Der Rat stimmte der Ratifikation dann doch mit 101:56 zu.

[Votum](#) Marianne Streiff als Fraktionssprecherin

Ganzes [Votum](#) von Maja Ingold als Fraktionssprecherin.

Begegnungen im und ums Bundeshaus



Swiss Energy and Climate Summit (Swissecs)

„Von den 2400 Quadratkilometern Regenwald meines Landes werden jährlich 5% abgeholzt!“ Diese alarmierende Bilanz zog der 38jährige Häuptling und fünffache Vater Almir Narayamoga Surui, Ureinwohner des Volkes der Surui im brasilianischen Bundesstaat Matto Grasso anlässlich des Swiss Energy and Climate Summit (Swissecs) in Bern. Auf Einladung der Gebäudeversicherung GVB, durfte Marianne Streiff den seit seinem 17. Lebensjahr zum Stammesführer erkorenen Almir Surui in der ersten Sessionswoche persönlich treffen und seinen spannenden Ausführungen folgen. Angehörige der Surui sind dank ihrem „modernen“ Häuptling heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Google Fotos von jenen Gebieten im Surui-Land zu machen, wo illegal Regenwald abgeholzt wird. Solche Fotos werden als Beweisstücke an die brasilianischen Justizbehörden weitergeleitet, die nun nicht länger behaupten können, sie wüssten nichts von solchen illegalen Aktivitäten.

Das Samstagsinterview mit dem Häuptling vom 15.09.2012 im „Bund“ finden Sie [hier](#)

Parlamentarische Gruppen

Für unterschiedlichste Themen, Belangen, Interessengebiete und Beziehungen zu Ländern, Organisationen und Fachbereiche existieren sogenannte Parlamentarische Gruppen. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. Im Moment sind knapp einhundert Gruppen gemeldet.



Parlamentarische Gruppe AWEPA Schweiz – was ist das?

Seit diesem Jahr präsidiert Maja Ingold die Parlamentsgruppe AWEPA Schweiz. Gleichzeitig ist sie Mitglied der internationalen Gesamtgeschäftsleitung, deren Headquarters in Amsterdam sind. AWEPA Schweiz ist eine Vereinigung europäischer Parlamentsmitglieder mit Sektionen in den meisten Ländern Europas. AWEPA arbeitet in Partnerschaft mit 25 afrikanischen Parlamenten. Dabei geht es um die Stärkung der meist jungen Parlamente in ihren Demokratieprozessen. AWEPA ist z.B. engagiert in Post-Konflikt-Regionen wie Demokratische Republik Congo oder Sudan.

Am 19. September hat die Kerngruppe AWEPA einen Sessionsanlass organisiert mit Referaten zum Thema „Wichtigkeit der Gouvernanz für die Entwicklungszusammenarbeit, insb. die Unterstützung der Parlamente in afrikanischen Partnerländern“. Näheres www.awepa.org



Vorstösse der Herbstsession

Maja Ingold:

[mehr](#)

- **Motion:** Rückführung von Potentatenvermögen,
- **Interpellation:** Ruag-Granaten nach Syrien
- **Interpellation:** Zeitungstarife der Post

Marianne Streiff:

[mehr](#)

- **Motion:** Eigenmietwert abschaffen. Systemwechsel bei der Besteuerung des Wohneigentums (s. Spalte rechts)
- **Fragestunde:** IN-/Transparenz bei Vergaben des Bundes (s. Seite 3)

Nach dem Volksnein vom 23.9. zur Initiative „Faire Steuern“, hat M. Streiff zwei Tage später, im Namen der EVP, eine breit-abgestützte Motion eingereicht. Diese fordert eine faire Lösung zur Abschaffung des Eigenmietwertes. Der Primeur löste ein beachtliches Medien-Echo aus.



Sessionsende....!

Für Ihr Interesse an unserer Arbeit und für all Ihre Unterstützung danken wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser herzlich.

Maja Ingold Marianne Streiff